
Internationale Fachkonferenz

Bosnien-Forum 2022 – 30 Jahre nach Beginn des Krieges Eine Zeitenwende auch für Bosnien und Herzegowina?

**Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung und Südosteuropa-Gesellschaft,
Hybrid: Berlin und online via ZOOM, 06. April 2022**

Bericht: Wladimir Dirksen, München

Vorbemerkung

*In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen im Land, die von wachsenden ethnischen Spannungen und Abspaltungstendenzen nationalistischer Parteien begleitet werden, kam es am 16. August 2022 zur Entsendung einer symbolischen Anzahl von rund 25 Bundeswehrsoldat*innen im Rahmen der EU-Mission „Eufor Althea“ nach Bosnien und Herzegowina. Dies war seit 2012 die erste Entsendung deutscher Soldat*innen in das Land. Ähnlich wie damals sollen sie zunächst bis Ende Juni 2023 die Ausbildung der Streitkräfte in Sarajevo unterstützen, zum anderen aber durch eine dezentrale Stationierung – beispielsweise auch in zivilen Häusern – als eine Art Frühwarnsystem wirken, sollten sich die ethnischen Spannungen verschärfen. Auch in die Republika Srpska, wo der Vorsitzende der größten bosnisch-serbischen Partei und Mitglied des dreiköpfigen Staatspräsidiums Bosnien und Herzegowinas, Milorad Dodik, die Abspaltung der Region vorantreibt, sollen Bundeswehrsoldat*innen entsendet werden. Aufgrund der Unterstützung der bosnisch-serbischen Abspaltungsbestrebungen durch die Russische Föderation soll der Bundeswehreinsatz, wie es im Text für das Bundestagsmandat zum deutschen Einsatz heißt, auch der wachsenden Einflussnahme Russlands auf die Politik des Landes Rechnung tragen und der Gefahr, dass der russische Überfall auf die Ukraine „als*

Katalysator für eine weitere Destabilisierung Bosnien und Herzegowinas genutzt werden könnte“, entgegenwirken. Auch im Hinblick auf mögliche wachsende Spannungen im Zuge der Wahlen am 02. Oktober 2022 ist der vorliegende Bericht ausführlicher, als es sonst in den SOM üblich ist. (Anm. d. Red.)

Einleitung

Am 06. April 2022, dem 30. Jahrestag des Ausbruchs des Bosnienkrieges, veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft ein „Bosnien-Forum“, um aktuelle Entwicklungen im Land besonders vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu diskutieren. Hierfür wurden bosnische Gäste aus Zivilgesellschaft und Politik nach Berlin eingeladen, um anhand ihrer Einschätzungen zu diskutieren, wo sie Zukunftschancen, Sicherheitsrisiken und aktuelle Prioritäten für die Region sehen. Im Rahmen des Forums hatten sie die Gelegenheit, mit Vertreter*innen und Vertretern aus Regierung, Parlament, Medien und Wissenschaft in Deutschland ins Gespräch zu kommen und ihre bosnische Perspektive in den Austausch mit der deutschen und europäischen Bosnien-Politik einzubringen. 30 Jahre nach Beginn des grausamen Angriffskrieges auf das multi-ethnische Bosnien und Herzegowina (BuH), in dessen Verlauf unzählige Kriegsverbrechen bis hin zum Völkermord von Srebrenica

begangen wurden, ist das Land noch weit von den Idealvorstellungen einer zivilen und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft entfernt. Bis heute kann die bosnische Regierung den Bewohnern des Landes keine gleichberechtigten Bürger- und Beteiligungsrechte, unabhängig von ethnischer, religiöser oder sonstiger Zuordnung und Zuschreibung, garantieren.

Anstelle einer inklusiven Politik schlägt die Entwicklung in BuH eine Richtung ein, die von denselben Interessen und Ideologien dominiert wird, welche vor drei Jahrzehnten zum Krieg führten. Ethno-nationalistische Eliten, die heute wie damals ihre eigene Machtsicherung mit einer Politik der Angst und der kollektiven Schuldzuweisung gegenüber der jeweils „anderen“ ethnischen Gruppe vorantreiben, destabilisieren auf gefährliche Art und Weise die Einheit und damit die Sicherheit der Bosnier*innen. So arbeitet vor allem Milorad Dodik, Vorsitzender der größten bosnisch-serbischen Partei Savez nezavisnih socijaldemokrata (SNSD, Allianz der unabhängigen Sozialdemokraten) und eines von drei Mitgliedern des Staatspräsidiums BuHs, mit Rückendeckung durch Serbien und Russland seit Jahren an einer weiteren Aufspaltung des Staates.

Angesichts des aktuellen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stellt sich nun darüber hinaus die Frage nach dessen Auswirkungen auf BuH. Die Einschätzungen klaffen hierbei auseinander: Hat die von der Bundesregierung ausgeufene „Zeitenwende“ das Potenzial, ein positiver Wendepunkt für das Land zu sein? Oder überwiegen negative Prognosen wie jene der früheren Hohen Repräsentanten Christian Schwarz-Schilling und Valentin Inzko, die vor einer Ausweitung des Krieges auf den Westbalkan warnen? Das waren die Fragen, die auf dem Podium zur Disposition standen.

Ausstellungseröffnung

Das Bosnien-Forum 2022 begann mit einem Empfang, auf den die Eröffnung der Ausstellung „Wake-up Europe! Mobilisierung von Unterstützung und Solidarität für Bosnien und Herzegowina und seine Bürger während des Krieges 1992 – 1995“ durch den Historiker und Kurator

Nicolas Moll folgte. Moll, der unter anderem eine 2021 herausgegebene Monographie unter dem Titel „Solidarity is More Than a Slogan“ zum selben Thema veröffentlicht hatte, stellte die Ausstellung vor und sprach darüber, wie eine Unterstützung der lokalen Bevölkerung während des Krieges möglich war und welche Beweggründe die Aktivist*innen hatten, selbst in ein Kriegsgebiet zu gehen, um zu helfen.

Panel 1: Hört die deutsche (europäische) Bosnienpolitik den Weckruf?

Auf die offizielle Begrüßung und Eröffnung des Bosnien-Forums 2022 durch die Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung Dr. Ellen Ueberschär sowie den Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft und Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans, Manuel Sarrazin, begann die erste, live übertragene Podiumsdiskussion für das Fachpublikum. Die von der in Sarajevo lebenden Korrespondentin für die österreichische Zeitung Der Standard, Adelheid Wölfl, moderierte Gesprächsrunde stellte sich der Frage, wie gesellschaftliche Akteure von außen unterstützt werden und diese Unterstützung im Hinblick auf bereits gemachte Erfahrungen in Zukunft besser gestaltet werden könnte, um mehr zu erreichen als bisher.

Unter den sechs Diskussionsteilnehmer*innen befand sich auch Adis Ahmetovic, Mitglied des Bundestags und der SPD-Fraktion, welcher eingehend dazu aufrief, den Bezug zwischen dem gegenwärtigen Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine und der sich zuspitzenden Situation in BuH zu erkennen und Warnungen des Russischen Botschafters in Sarajevo, dass ein NATO-Beitritt des Landes ähnliche Konsequenzen nach sich ziehen würde, wie sie derzeit die Ukraine zu tragen habe, ernst zu nehmen. Christian Schmidt, der digital zugeschaltete Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina und Bundesminister a.D., beklagte, dass Milorad Dodik die Europäische Union (EU) schon seit über zehn Jahren an der Nase herumführt. BuH sei ein Land, dessen staatliche Strukturen gefährdet seien und das einer engagierteren Unterstützung vonseiten der EU bedürfe, um sich zu stabilisieren. Jedoch würde ein tatsächlicher

Einsatz der Bonner Befugnisse¹ durch den Hohen Repräsentanten ein Eingeständnis der Tatsache darstellen, dass BuH weder für einen EU-Beitritt noch für eigenständige staatliche Strukturen bereit wäre.

Leider müsse *Schmidt* feststellen, dass dies in der Realität derzeit tatsächlich noch der Fall sei und BuH – wie der „Priebe“-Bericht² der EU von 2019 nachgewiesen habe – bis auf wenige Ausnahmen kaum die vereinbarten Beschlüsse umgesetzt habe, welche ein künftiger EU-Beitritt erfordere. Außerdem sei eine ganze Reihe von Themen wie zum Beispiel die bis heute bestehende Uneinigkeit über die Regelung der Eigentumsverhältnisse ehemals jugoslawischer Regierungsgebäude nicht geklärt, sodass es in wiederholten Fällen zu unrechtmäßiger Einverleibung von Eigentum käme. Auch im Fall der Republika Srpska gebe es inakzeptable Entwicklungen. Die mehrheitlich von serbischen Bosniern bevölkerte Entität verfolge „auf sehr aggressive Weise“ eine eigene Gesetzgebung, welche sowohl einem diesbezüglichen Verfassungsgerichtsurteil als auch dem Abkommen von Dayton direkt widerspreche. Eine solche Vorgehensweise werde vonseiten der EU scharf kritisiert und würde den Hohen Repräsentanten dazu zwingen, seine Vollmachten einzusetzen. Jedoch stelle sich hierbei laut *Schmidt* die Frage, wie ein solcher Eingriff bei Nichtbefolgung in der Praxis überhaupt umgesetzt werden soll.

Boris Mijatovic, Mitglied des Bundestags und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betonte ebenfalls, dass die Rolle Russlands auf dem Westbalkan in der Vergangenheit unterschätzt worden sei und dass die Gefahr bestünde, dass Russland durch eine Destabilisierung des Westbalkans vom Krieg in der Ukraine ablenken wolle. Im Unterschied zu Moskaus Einflussnahme auf BuH in der Vergangenheit würde diese heutzutage nicht mehr ausschließlich auf dem Umweg über die serbische Hauptstadt Belgrad erfolgen, sondern

unabhängig von serbischer Einflussnahme direkt auf Banja Luka und die Innenpolitik BuHs einwirken. *Mijatovic* betonte aber auch, dass es nicht nur Russland, sondern auch die Mitunterzeichner des Abkommens von Dayton, Kroatien und Serbien, seien, die „das Land unter sich aufteilen“ wollten. Die Tatsache, dass Kroatien als Mitglied der EU eine solche, der EU diametral entgegengesetzte Westbalkanpolitik verfolge, werfe die Frage nach dem Umgang der EU mit ihren Mitgliedern auf und bedürfe eines Strategiewechsels der Union.

Samir Beharić, Jugendaktivist und Doktorand an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, betonte den Ernst der Lage in BuH und verwies darauf, dass es heute ganze Generationen von neuen, jungen Nationalisten gebe, welche in separierten Schulen eine unterschiedliche geschichtliche und politische Bildung bekämen und durch Nutzung unterschiedlicher Medien immer weiter voneinander entfremdet würden. Insbesondere die jüngere Generation in BuH würde sich Sorgen darüber machen, dass es zu einem Wiederaufflammen des Konflikts und zu kriegerischen Auseinandersetzungen im Land kommen könnte. *Beharić* selbst habe nach Abschluss seiner Promotion eigentlich vorgehabt, nach BuH zurückzukehren, würde sich mittlerweile aber Sorgen machen, dass dies möglicherweise in Zukunft gar nicht mehr möglich sein könnte.

Schmidt schloss den möglichen Ausbruch eines Krieges dagegen kategorisch aus und versuchte die Sorge davor mit dem Argument zu entkräften, dass es keinesfalls im Interesse der Nachbarländer BuHs läge, das Land in einen erneuten bewaffneten Konflikt abdriften zu lassen und damit 30 Jahre in seiner Entwicklung zurückzuwerfen. Die große Unsicherheit würde jedoch dazu führen – und da pflichtete *Schmidt Beharić* bei – dass es insbesondere bei der jungen Generation im Land einen regelrechten Exodus geben würde. Dieser Braindrain habe

1 Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina vertritt die Vereinten Nationen und besitzt weitgehende Vollmachten, welche die Entlassung demokratisch gewählter Amtsträger des Landes, das Erlassen von Gesetzen und die Schaffung neuer Behörden einschließen. Diese sehr weitreichenden Vollmachten werden häufig Bonner Befugnisse (englisch: Bonn Powers) genannt, da sie auf einer Tagung des Friedensimplementierungsrats, welcher aus Vertretern der Außenministerien von über 50 Staaten besteht, im Dezember 1997 in Bonn beschlossen worden waren.

2 Hierbei handelt es sich um einen Bericht mehrerer EU-Experten unter der Leitung des deutschen Juristen und langjährigen Mitarbeiters der EU-Kommission Reinhard Priebe, der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in BuH aufzeigt und Handlungsempfehlungen herausgibt.

verheerende Folgen für die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Vassilis Maragos, Referatsleiter für BuH und Kosovo bei der Generaldirektion der EU-Kommission, welche für die EU-Politik in den Bereichen Erweiterung sowie östliche und südliche Nachbarländer der EU zuständig ist, war wie Schmidt ebenfalls online zugeschaltet. Maragos kritisierte, dass man sich vonseiten der EU zu sehr darauf verlassen hätte, dass BuH sich schon von selbst in die richtige Richtung bewegen würde. Jedoch sei in den drei Jahren zwischen der Antragstellung des Landes auf Mitgliedschaft in der EU 2016 und dem 2019 in Brüssel veröffentlichten „Priebe“-Bericht leider sehr wenig erreicht worden. Der Bericht würde jedoch neben einem kritischen Urteil über die Unzulänglichkeiten einen klaren Weg zur Lösung der Probleme, welche einer EU-Mitgliedschaft BuHs im Weg stünden, aufzeigen. Sollte das Land versuchen, diese Handlungsempfehlungen überzeugend zu verfolgen, würde auch die EU ihre Hilfestellung ausweiten und Bosnien dabei unterstützen, die gesteckten Ziele tatsächlich zu erreichen.

Daraufhin fragte Moderatorin *Wölfl*, warum die EU sich so sehr auf die Wahlrechtsreform konzentriert habe und die Zivilgesellschaft bei den Verhandlungen darüber in der Vergangenheit nicht genügend miteinbezogen habe. *Wölfl* wollte eine Erklärung, warum die EU von sich behaupte, generell in allen ihren Bestrebungen immer auch die Zivilgesellschaft miteinzubeziehen, gleichzeitig jedoch im Fall BuHs in der Vergangenheit stark dafür kritisiert worden sei, dies nicht ausreichend getan zu haben. *Maragos* wies diese Kritik als übertrieben von sich. Die EU habe nicht zuletzt im „Priebe“-Bericht Handlungsoptionen aufgezeigt, die von bosnischer Seite jedoch noch nicht wahrgenommen worden seien. Im Endeffekt läge der Ball nach *Maragos* derzeit also im Feld der bosnischen Zentralregierung und nicht bei der EU.

Adis Ahmetovic kritisierte daraufhin die Vorgehensweise der EU bei den Verhandlungen mit der Republika Srpska als „Hinterzimmer-Deals“ und betonte, dass weder dem Auswärtigen Amt noch den Parlamentariern in Deutschland, Frankreich und anderen EU-Staaten ein Entwurf dieser Verhandlungen zwischen der EU und BuH

über die geplante Wahlrechtsreform vorlägen. Der gesamte Prozess würde so intransparent geführt, dass keinem klar wäre, wie das Ergebnis aussehen könnte.

Maragos wies diese Kritik erneut zurück. Im Gegenteil würde die EU ihre Ziele klar formulieren und es gebe einen institutionellen und rechtlichen Rahmen, welcher die Vorgehensweise klar vorgebe. Darüber hinaus würde die EU ihre substanziellen Investitionen in die Republika Srpska an die Beendigung der politischen Krise binden, um Anreize zur Entschärfung der verfahrenen Situation zu schaffen. An dieser Stelle unterbrach Moderatorin *Wölfl* *Maragos'* Ausführungen und lenkte die Diskussion mit einer Frage hin zum Konzept der „Serbischen Welt“, welches die Idee eines Groß-Serbiens realisieren will. Hierbei interessierte *Wölfl* insbesondere die Region außerhalb Bosniens, aber auch, welchen Einfluss solche Ideologien auf die Situation innerhalb des Landes ausübten.

Die Leiterin des Zentrums für Politische Bildung (Western Balkans Strategy Group, WBSG) in der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica, *Daliborka Uljarević*, erklärte, dass beispielsweise der Ukraine-Krieg derzeit einen wesentlichen Treiber bestehender nationalistischer Strömungen in der Region darstelle. Der Krieg und der damit verbundene Revisionismus und Revanchismus würde insbesondere in Serbien auf „fruchtbaren Boden fallen“. Die Menschen in der Region würden von den politischen Parteien und insbesondere von der orthodoxen Kirche immer stärker nationalisiert. In Serbien selbst und auch in der Republika Srpska sei ein Wahlverhalten Tradition, dass sich eher gegen etwas richte, als für etwas zu sein. Dies würde in Verbindung mit der gesunkenen weltweiten Aufmerksamkeit gegenüber BuH dazu führen, dass sich die Nationalisten im Land immer sicherer wähnten und die Erreichung ihrer Ziele nach dem Vorbild des russischen Überfalls auf die Ukraine notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen bereit wären.

Publikumsfragen und Diskussion

Die Zusammenfassung von Publikumsfragen wurde an dieser Stelle vor allem an *Maragos* gerichtet und ging auf seine Behauptung ein, dass die Verhandlungen mit der EU transparent

und inklusiv verliefen. Außerdem wurde erfragt, warum die EU-Gesandten mit Nationalisten verhandelten und warum die EU nicht sehen wolle, dass es Kräfte in Zagreb und Belgrad gebe, deren Ziel es sei, Slobodan Miloševićs und Franjo Tuđmans Kriegsziele zu vollenden. Wann würde man die Menschen in BuH endlich als demokratiefähig erachten und nicht mehr als eine Stammesgesellschaft ansehen, lautete eine Frage. Moderatorin *Wöfl* wollte wissen, warum es unter den 14 Prioritäten, welche die EU hinsichtlich Änderungs- und Verbesserungsmöglichkeiten BuHs formuliert habe, gleich mehrere Themen gebe, deren Erfüllung eine Verfassungsänderung erforderten. Warum sei hierbei die Beschleunigung der Urteilsfindung des Verfassungsgerichtshofes nicht ebenfalls in Angriff genommen worden, sodass mehr Rechtssicherheit herrsche und eine Situation, wie sie sich heute darstelle, gar nicht erst entstehen könne?

Maragos betonte, dass es beispielsweise Initiativen wie die von der EU gegründete Civic Assembly gebe, die sich insbesondere um die Einbindung der Zivilgesellschaft bemühe. Diese Initiativen seien zwar erst ein Anfang, jedoch läge es (wie auch im Umgang mit anderen Ländern) immer im Interesse der EU, die bosnische Zivilgesellschaft mit einzubinden. Jedoch gebe es bestimmte Fragen – wie beispielsweise die Energieversorgung – die nur mit ganz bestimmten Gesprächspartnern diskutiert werden könnten.

Beharić ging auf die Äußerungen des EU-Vertreters ein, indem er die Vertrauenswürdigkeit *Maragos'* anzweifelte. *Beharić* stellte fest, dass es seiner Meinung nach im Kontakt zwischen Vertretern der EU und solchen aus der Region keine „Europäisierung des politischen Diskurses“ und der Politiker des Westbalkans gegeben habe. Nach Meinung *Beharić'* würde vielmehr eine „Balkanisierung der EU-Vertreter“ stattfinden, welche in den intransparenten und undemokratischen Verhandlungen der EU mit Vertretern aus BuH ihren jüngsten Niederschlag gefunden habe. An dieser Stelle traten *Marion Kraske*, die ehe-

malige Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Sarajevo, sowie *Tobias Flessenkemper*, Leiter des Büros des Europarats in Belgrad, dem Podium in Präsenz bei. *Kraske* griff zwei Aspekte zum Thema auf. Zum einen erinnerte sie an *Azra Zornić*, die Klägerin gegen die Wahlrechtsreform, welche trotz mehrerer Jahre Engagements und einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg kein einziges Mal in die Verhandlungsprozesse eingebunden worden sei. *Zornić* stünde nur beispielhaft für eine ganze Reihe von Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft, die trotz jahrelanger Bemühungen keinen Platz am Verhandlungstisch der EU erhalten hätten, was den Angaben von *Maragos* widersprechen würde. Zum anderen appellierte *Kraske* an alle Beteiligten, sich nicht zu sehr auf den Politiker und ehemaligen Präsidenten der Republika Srpska, *Milorad Dodik*, zu fokussieren, denn es würde eine „Allianz von Nationalisten“ innerhalb BuHs geben, zu welcher auch der Politiker und Vertreter der bosnischen Kroaten, *Dragan Čović*, gehöre. Das Projekt „Herceg Bosna“, welches einen Versuch darstellen würde, ein Groß-Kroatien nach dem Vorbild *Slobodan Miloševićs* und *Franjo Tuđmans* zu kreieren und BuH zwischen Serbien und Kroatien aufzuteilen, werde heute wieder ernsthaft betrieben und sollte daher unbedingt mehr Beachtung seitens der EU finden.

Kraske richtete schließlich eine direkte Frage an *Maragos*, um eine Beurteilung der Rolle des EU-Mitglieds Kroatien zu erhalten. Angesichts der mehrfachen Verharmlosung des Genozids von Srebrenica durch den kroatischen Präsidenten *Zoran Milanović* und seiner kürzlichen Würdigung der HVO, der Armee der bosnischen Kroaten (HVO, Hrvatsko vijeće obrane, dt.: Kroatischer Kriegsrat), welche wesentlich an den Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung während des Bosnienkrieges 1992–1995 beteiligt gewesen war, sowie den Äußerungen des kroatischen Außenministers *Gordan Grlić Radman*, dass Kroatien alles dafür tun werde, das Bürgerprinzip in BuH zu verhindern,³ stelle sich die Frage nach der Reaktion der EU auf dieses

3 „Bürgerprinzip“ bedeutet, dass alle Staatsbürger*innen, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, gleichberechtigt sind und an staatlichen Entscheidungen mitwirken dürfen. Ebenso wie die kroatischen, wollen auch die serbischen Nationalisten in Bosnien das Bürgerprinzip, welches die Beendigung der Diskriminierung etwa von Juden oder Sinti und Roma erwirken sollte und eine Grundvoraussetzung für eine mögliche Aufnahme des Landes in die EU darstellt, abschaffen. Dies hätte zur Folge, dass Menschen, die sich keiner der drei konstituierenden Nationalitäten zugehörig fühlen, bei Wahlen benachteiligt würden.

Verhalten. Kraske wollte insbesondere zu der offensichtlichen Verbindung zwischen den Regierungen in Zagreb, Belgrad, Banja Luka und Moskau Auskunft vom EU-Vertreter Maragos darüber erhalten, wie die EU sich zu dieser Konstellation positioniere.

Christian Schmidt erklärte, dass er Herrn Dodik, zu dem er eine „besondere Freundschaft entwickelt“ habe, ebenfalls nicht für eine singuläre Erscheinung halte und bekräftigte die Überzeugung, dass Dodik eine besonders prominente Figur einer Struktur sei, deren Entwicklung die EU „nicht akzeptieren“ dürfe. Nach Schmidts Vorstellung sollte man einen Dialog über die Verfassungsreform etablieren, der zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und den Religionsgemeinschaften gestaltet werden könnte. Die Bürgergesellschaft BuHs sollte laut Schmidt nicht von den Verhandlungen über die Verfassungsreform, welche bisher tatsächlich in Hinterzimmern stattgefunden hätten, ausgeschlossen bleiben, sondern aktiv einbezogen werden.

Maragos äußerte sich zu den Fragen von *Kraske* bezüglich der Rolle des EU-Mitglieds Kroatien in der Debatte um BuH dahingehend, dass es die höchste Priorität der EU sei, dass keine Partei von den Verhandlungen ausgeschlossen werden oder diskriminiert werden dürfe. Es sei klar, dass es vonseiten Kroatiens partikuläre Interessen gebe. Daher sei es wichtig, dass die EU mit einer Stimme spreche und europäische Standards in den Verhandlungen sowie im Umgang mit BuH eingehalten würden. *Sabina Čudić*, Vorstandsmitglied der seit 2018 sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Parlament der Föderation BuH vertretenen, liberalen und multiethnischen Partei Naša Stranka (NS), nahm an dieser Stelle auf dem Podium Platz und stellte klar, dass eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft erst viel zu spät stattgefunden habe.

Tobias Flessenkemper intervenierte, um zu betonen, dass die Entscheidung des ehemaligen Hohen Repräsentanten für BuH, Valentin Inzko, das Strafgesetzbuch des Landes im Sinne des Völkerrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention zu ergänzen, sehr wichtig gewesen sei. Die Rechtsstaatlichkeit des Landes impliziere die Verpflichtung, die Gesetze und

damit die Rechte der Bürger und Bürgerinnen schlussendlich auch in der Praxis einzuhalten und umzusetzen. Dies würde die „schrittweise Annäherung an die europäische Außenpolitik“ miteinschließen, was in der Vergangenheit aufgrund des Widerstands bestimmter politischer Parteien jedoch nicht geschehen sei. Ungeachtet der Transparenz-Problematik erinnerte Flessenkemper daran, dass die Verfassung BuHs bereits im Jahr 2009 erfolgreich in beiden Häusern des Parlaments geändert worden ist, was zeigen würde, dass es durchaus möglich sei, Änderungen an der Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern vorzunehmen.

Zur Rolle Deutschlands als stärkstes Land innerhalb der EU und seiner möglichen Reaktion auf die derzeitige Situation in BuH gefragt, äußerte *Daliborka Uljarević*, dass die EU-Integration durchaus parallel zur innenpolitischen Konsolidierung und Reformierung BuHs verlaufen sollte. Die Gefahr einer Radikalisierung der jüngeren Generation des Landes bereite *Uljarević* am meisten Sorgen. Deshalb sei es ihr wichtig, dass Deutschland und die EU die Legitimität solcher Kräfte anzweifeln, sie kritisieren und ihre Position zu diesen Kräften klar offenlegen. Es sollte eine eindeutige Botschaft aus Deutschland und der EU geben, um klarzumachen, dass man mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren und auch Parteien in der Region und nicht nur mit den aktuellen politischen Entscheidungsträgern sprechen würde.

Grußwort von Staatsministerin Dr. Anna Lührmann

Nach einer kurzen Pause begann die zweite Diskussionsrunde mit einem Grußwort der Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt, *Dr. Anna Lührmann*. Die online zugeschaltete Staatsministerin erinnerte in ihrer Videoansprache an die historische Entwicklung BuHs in den letzten 30 Jahren, die eine besorgniserregende Wende vollzogen habe. Sanktionen wie die Zurückhaltung der bilateralen Unterstützung Deutschlands für die Republika Srpska oder auch personenbezogene Sanktionen gegen diejenigen, die einen destruktiven Sezessionskurs eingeschlagen hätten, seien laut Lührmann richtig und wichtig. Eine stärkere „Konditionierung von Mitteln“ sei der richtige Weg, einen

Anreiz zu schaffen, um sich wieder zurück auf den richtigen Weg zu begeben und destruktive Entwicklungen zu stoppen. Der westliche Balkan und die erfolgreiche Integration der Region stehen ganz weit oben auf der Agenda der Bundesregierung, weshalb Außenministerin Annalena Baerbock im März dieses Jahres in Sarajevo, Pristina und Belgrad zu Besuch gewesen sei und den Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, zum Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans ernannt habe. Neben der akuten Gefährdung der territorialen Integrität BuHs seien aber auch Klientelismus, Korruption und Patronage-Netzwerke endemische Probleme, welche die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen auf allen Ebenen beeinflussten und schädigten.

Neben der Bekräftigung der Unterstützung der Bundesregierung für einen EU-Beitritt der Länder des Westbalkans unterstrich *Lührmann* jedoch auch, dass dies nur in Verbindung mit der Erfüllung aller Anforderungen an einen Beitritt geschehen könne.

Panel II: Bosnien und Herzegowina heute – ein Wendepunkt?

Das zweite Panel wurde von der Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Sarajevo, *Judith Brand*, moderiert. *Samir Beharić* lieferte zu Beginn der Diskussion eine Zusammenfassung der Debatte des ersten Panels. *Sabina Ćudić*, Vorstandsmitglied der Partei Naša Stranka (NS) in Sarajevo erklärte, dass die Politik der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber BuH sie sehr beunruhige. Wahlbetrug und innenpolitische Entwicklungen seien zwar eklatante Fehlentwicklungen in der Innenpolitik BuHs, jedoch deute sich eine wachsende Diskrepanz in der Politik der USA und der EU gegenüber dem Land an, welche *Ćudić* die Hoffnung auf Veränderung im Land allmählich nehmen würde.

Auf die Frage der Moderatorin, ob es überhaupt noch eine positive Rolle für internationale Akteure wie die EU im Umgang mit BuH gebe und welche Rolle er sich für diese wünschen würde, antwortete der Dekan der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Sarajevo, Prof. Dr. *Sead Turčalo*, dass der Hohe Repräsentant der Vereinten Nationen verstehen müsse,

dass die Politik Bosniens eine geteilte Souveränität beinhalte und die Rolle des Hohen Repräsentanten nicht unterschätzt werden dürfe. Seine Relevanz im politischen System BuHs sollte daher bewusst wahrgenommen werden, ansonsten würde dieses eigens geschaffene Amt neben den innenpolitischen Akteuren nur ein weiterer politischer Akteur werden, welcher den politischen Entscheidungsprozess blockiert. Die Rolle der EU sei hierbei ebenfalls wesentlich, da die EU das Land in Richtung voller Souveränität begleiten und anleiten würde.

Laut *Turčalo* ist es die EU, die von allen externen Akteuren die meisten Instrumente zur Ausübung von positivem Einfluss zur Hand hat. Jedoch nutze sie diese große Einflussmöglichkeit im Vergleich zu anderen Akteuren viel zu wenig. Die Bereitschaft des Hohen Repräsentanten in BuH über „zivilisatorische Frage[n] zu diskutieren“ müsse vorhanden sein, da man ansonsten nicht die Veränderungen beispielsweise im Strafrecht herbeiführen könne, welche eine künftige EU-Mitgliedschaft erfordere. Die EU schaffe laut *Turčalo* lediglich technische Forderungen, die kaum Einfluss auf die inhaltlichen Forderungen BuHs hätten. Internationale politische Akteure müssten sich bewusst werden, dass kurzfristige diplomatische Erfolge in den Verhandlungen über den EU-Beitritt oft nur hohle Phrasen wären, die langfristige Veränderungen nicht anstoßen könnten. In den Verhandlungen über die Wahlrechtsreform sollte daher grundsätzlich eher die EU-Menschenrechtscharta und nicht das Dayton-Abkommen der Ausgangspunkt sein. Hier müsse genau kontrolliert werden, ob die einheimischen Akteure wirklich die „Apartheid hinsichtlich der Nationalitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger überwinden wollen“ oder nicht.

Botschafterin *Susanne Schütz*, Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei, die OSZE und den Europarat im Auswärtigen Amt, äußerte den Willen der Bundesregierung, den westlichen Balkan „so fest wie möglich an die EU zu binden“. Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sollte die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf BuH als eines der schwächeren Länder in der Region noch weiterwachsen. *Schütz* bekräftigte die Überzeugung der Bundesregierung, dass die

vorhandenen Blockaden aufgehoben und die erforderlichen Reformen umgesetzt werden könnten. Um den Wahlprozess im Land besser und integrierender zu gestalten, sei es für die neue Bundesregierung sehr wichtig, dass die Reformen, welche eine EU-Mitgliedschaft erfordere, wirklich umgesetzt würden. Durch die beiden Personalien des Hohen Repräsentanten Christian Schmidt und des Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans Manuel Sarrazin würde die neue Regierung in Deutschland die Ernsthaftigkeit, mit der sie die Verhandlungs- und Reformprozesse auf dem Westbalkan antreiben wolle, unterstreichen. Die EU und die Bundesregierung seien zwar verpflichtet zu unterstützen, jedoch seien sie aber auch genauso dazu berechtigt, Entwicklungen einzufordern. Daher sollte die Hoffnung insbesondere seitens der Bürger von BuH nicht aufgegeben, sondern noch mehr dafür getan werden, dass das politische Entscheidungsfeld nicht den destruktiven Kräften im Land überlassen wird.

Auf die Frage von Moderatorin *Brand*, welche Möglichkeiten es denn für Änderungen des politischen Systems gebe, nannte *Milica Malešević* von der Universität Banja Luka als erstes die Rückgewinnung von Vertrauen in das politische System und in die Justiz des Landes. Die Korruption würde dazu führen, dass staatliche Institutionen in Geiselhaft genommen und missbraucht würden, sodass die Bürger jegliches Vertrauen in die Staatlichkeit verlören und sich auf andere Identifikationsquellen beriefen. *Malešević* hieß die Sanktionen beispielsweise gegen den Führer der Entität Republika Srpska, Milorad Dodik, gut und fand sie gerechtfertigt. Die Erhaltung des politischen Status quo, also der faktischen Teilung BuHs, paralysiere die Bürger und sende eine Botschaft aus, die das Wiederaufflammen des Nationalitätenkonflikts nicht nur begünstige, sondern vielmehr katalysiere, so *Malešević*. Darüber hinaus würden die Lähmung der Justiz und die ethnische Separation in der Bildung diese Entwicklung auch längerfristig manifestieren und eine Überwindung der inneren Konflikte weiter erschweren.

Moderatorin *Brand* wollte wissen, ob die erwünschte Veränderung auch von der Zivilgesellschaft ausgehen könne. *Beharić* antwortete,

dass seiner Meinung nach die „Wände in den Köpfen der Jugendlichen“ das größte Gefahrenpotenzial darstellten. Mit 56 segregierten Schulen in der Föderation Bosnien und Herzegowina, der bosniakisch-kroatischen Entität des Landes, würde nicht nur eine physische Trennung von Bevölkerungsgruppen erfolgen, sondern durch den Unterricht eben auch die geistige Spaltung zementiert. In der zweiten Entität des Landes, der mehrheitlich von bosnischen Serben bewohnten Republika Srpska, sei die Situation jedoch noch problematischer. Die Schulen dort seien zwar nicht segregiert, jedoch würde dies keinen Fortschritt darstellen. Im Gegenteil würde dies vielmehr bedeuten, dass nicht nur ein Teil, sondern die Gesamtheit der Schüler*innen der politischen und geschichtlichen Sichtweise der nationalistischen Führung der Entität ausgesetzt seien.

Dies drücke sich beispielsweise darin aus, dass historische Persönlichkeiten wie der Tschetnik-Führer und 2015 vom höchsten Berufungsgerecht Serbiens rehabilitierte Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges, Draža Mihailović, oder die für ihre Kriegsverbrechen im Bosnienkrieg vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilten Ratko Mladić und Radovan Karadžić im Geschichtsunterricht der Republika Srpska heute als Helden dargestellt und verehrt würden. Kritisches Denken gegenüber dieser Darstellung der Geschichte würde im Bildungssystem der Republika Srpska systematisch unterdrückt. Der überwiegende Teil der Jugendlichen in BuH würde sich politisch zurückhalten. Das Beispiel der erfolgreichen Proteste gegen die Segregation zweier Gesamtschulen in der Stadt Jajce würde zwar die Hoffnung schüren, dass junge Menschen zukünftig auch in anderen Städten des Landes gegen die ethnische Spaltung der Schulen protestieren werden. Jedoch stünde der Großteil der Jugendlichen in BuH einer politischen Teilhabe oder jeglichem Ausdruck eigener Interessen durch Proteste resigniert bis desinteressiert gegenüber, was *Beharić* zu einem Aufruf zu mehr Engagement der jungen Generation veranlasste.

Diskussion und Publikumsfragen

Aus dem Publikum wurde an dieser Stelle danach gefragt, ob eine multi-ethnische Zivilgesellschaft des Landes nicht dem tatsächlichen

Willen der Bewohner BuHs widersprechen würde. Denn wenn man ehrlich sei, würde man feststellen müssen, dass ein Großteil der Bosnier*innen das „theoretische Konstrukt einer Zivilgesellschaft BuHs“ ablehne und das Forcieren einer gleichberechtigten Bürgergesellschaft ein von außen aufgezwungenes Projekt sei, das früher oder später zum Scheitern verurteilt sei. Moderatorin *Brand* stellte daraufhin die Frage an *Čudić*, ob es denn in BuH die Möglichkeit gäbe, gleichzeitig Bürger*in des Landes und trotzdem auch Kroat, Serbe oder Bosniak sein zu können. *Čudić* erklärte daraufhin, dass es keine singuläre Identität gebe. Die Idee, dass jede Identitätsform eine eigene Repräsentanz benötige, sei absurd. In Demokratien würden Parteien unterschiedliche politische Spektren vertreten und seien nicht nach ethnischen oder religiösen Kriterien aufgebaut. Für einen Beitritt BuHs in die EU sollte daher die Voraussetzung erfüllt werden, dass eine Parteienlandschaft nach politischen und nicht nach ethnischen Kriterien im Land etabliert werde.

Brand verwies darauf, dass Milorad Dodik den russischen Außenminister Sergej Lavrov getroffen hat, welcher dem Führer der Republika Srpska seine Unterstützung versichert habe. Angesichts der Sorge vor einem russisch-ukrainischen Szenario vonseiten Serbiens oder sogar vonseiten Kroatiens gegenüber BuH warf *Čudić* die Frage auf, ob man in fünfzig Jahren genauso wie nach dem Zweiten Weltkrieg in der Retrospektive die Zeichen, die auf einen Krieg hindeuteten, viel klarer sehen und den möglichen Ausbruch eines Konflikts als offensichtlich und unausweichlich einschätzen werde. *Čudić* unterstrich, dass sie selbst jedoch eine optimistische Sicht der Zukunft BuHs habe und eine friedliche, politische Lösung der derzeitigen Probleme erwarte.

Moderatorin *Brand* wollte daraufhin von *Turčalo* als Sicherheitsexperten wissen, was er von den Forderungen nach einer größeren friedenswahrenden Truppenpräsenz der NATO in BuH halte. In BuH habe spätestens seit dem Versuch Dodiks und seiner Partner, das Verfassungssystem des Landes zu zerstören, eine ernsthafte politische und damit auch seit einigen Monaten eine sicherheitspolitische Krise begonnen. Daher wäre eine stärkere Truppenpräsenz ausländi-

scher Friedensmächte laut *Turčalo* durchaus sinnvoll. Die russische Aggression gegen die Ukraine habe die Probleme innerhalb der EU und der NATO herauskristallisiert. Die Zukunftsvorstellung, welche die russische Regierung für den Balkan hätte, sei der Region abträglich. Es gelte, den Einfluss Russlands, der offensichtlich stark angewachsen sei, nicht zu unterschätzen und ernst zu nehmen.

Hat die Zivilbevölkerung eine Chance auf Mitbestimmung?

Brand fragte *Milica Malešević* nach dem drängendsten Problem in der Republika Srpska, woraufhin *Malešević* betonte, dass das Bedürfnis der einfachen Bürger*innen gerade in der Schwebelage hänge. Sie hätten den Willen, etwas zu verändern, verloren, da jegliche Bemühungen durch den Widerstand nationalistischer Kräfte schon im Keim erstickt würden. Es habe zwar einzelne Erfolge gegeben, die insbesondere in Anbetracht der widrigen Umstände durchaus bemerkens- und bewundernswert seien, jedoch würde die überwiegende Mehrheit der Bewohner der Republika Srpska diese vereinzelt Bemühungen als einen Kampf gegen Windmühlen betrachten und die Entwicklung, die BuH in den letzten Jahren eingeschlagen habe, resigniert tolerieren. Laut *Malešević* würde aber jedes Bemühen, insbesondere auf lokaler Ebene, einen Unterschied machen. Mit Sorge würde sie auch der gegenwärtige Zustand der Oppositionsparteien erfüllen, welche sich mit den Regierungsparteien in einen Wettbewerb begeben hätten, bei dem es darum gehe, welche Parteien die Politik des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić am besten unterstützten. Diese Entwicklung habe *Malešević* sehr enttäuscht und würde sie ratlos machen.

Schütz wurde an dieser Stelle von Moderatorin *Brand* gefragt, an welcher Stelle die Bundesrepublik und die EU eine Rote Linie ziehen würden, woraufhin sich *Schütz* aber weigerte, eine solche zu benennen, denn diese würde eine Einladung darstellen, sie bewusst zu übertreten. Entscheidend sei, dass es Schritte der Republika Srpska in Richtung einer Sezession gebe. Für die Bundesrepublik und die EU stelle jedoch spätestens die Umsetzung solcher Bestrebungen ein „entscheidendes Momentum“ dar. Maßnahmen seien bereits ins Gespräch gebracht

und mit Partnern in der Region besprochen worden. Eine ethnische Spaltung BuHs sei eine „sehr gefährliche“ Tendenz, die vonseiten der internationalen Gemeinschaft entschiedene Schritte erfordere. Beispielsweise gebe es innerhalb der EU einen grundsätzlichen Sanktionsbeschluss, welcher seit vielen Jahren bestehe und der EU die Möglichkeit gebe, personenbezogene Sanktionen gegen Menschen zu verhängen, welche die Einheit des Staates BuH gefährdeten.

Samir Beharić wurde gefragt, wie die Situation der Teilhabe in seiner Heimatstadt Jajce sich entwickle, woraufhin Beharić erneut dazu aufrief, dass Jugendliche unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit sich vernetzen und die Veränderungen, die sie fordern, gemeinsam angehen sollten. Jedoch würden die jungen Bürger BuHs sich viel engagierter für Themen wie Umweltschutz engagieren als für die Wahlen im Land. Würden diese „Graswurzel-Bewegungen“ sich von lokalen Themen über Umweltschutzstandards hinaus auch in die Politik einmischen, würde die politische Landschaft im Land heute anders aussehen. Daher sehe Beharić grundsätzlich großes Potenzial vor allem bei der jüngeren Generation im Land.

Turčalo stellte heraus, dass die öffentlichen Äußerungen der politischen Führer im Nachbarland Serbien die territoriale Integrität BuHs grundsätzlich nicht infrage stellten. Vielmehr bestehe die große Gefahr aus dem Inneren der Republika Srpska selbst, wo beispielsweise gesundheitspolitische und andere Bereiche des Lebens und der Gesetzgebung nach und nach dem Vorbild Serbiens angepasst würden. Es gebe zwar Oppositionelle in der Republika Srpska, jedoch könne von einer echten Opposition keine Rede sein. Ebenso verhielte es sich in der mehrheitlich kroatisch und bosniakisch bewohnten Föderation BuHs, sodass die Opposition in allen Entitäten teilweise noch radikaler und nationalistischer sei als die Regierungsparteien. Für diese „ideologischen Vernebelungen“ gebe es laut Turčalo derzeit leider noch keine richtige Gegenstrategie.

Sabina Ćudić warf die Frage auf, wie es sein könne, dass die EU einem Dragan Čović, einem Milorad Dodik oder einem Bakir Izetbegović

kein Paroli bieten könne und sich von solchen „inkonsequenten“ Personen, die keine ernsthaften Druckmittel gegen die EU hätten, dennoch unter Druck setzen lasse. Die Mittel dieser Personen gegen die EU seien weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch ernst zu nehmen. Die Anzahl der Stimmen, die diese Personen bei einer Präsidentschaftswahl erhalten würden, würde 300.000 nicht überschreiten und wäre daher maximal mit mittelgroßen deutschen Städten vergleichbar. Wie es dann sein könne, dass die EU davor zurückschreckt, Rote Linien zu ziehen, sei für Ćudić unerklärlich.

Christian Hagemann, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft e.V., griff an dieser Stelle den Begriff der „Zeitenwende“ auf und erklärte, dass diese beinhalte, dass es derzeit parlamentarische Mehrheiten im Bundestag gebe, um sicherheits- und rüstungspolitische Richtungswechsel in der Bundesrepublik voranzutreiben. Innerhalb dieses Rahmens wollte Hagemann von den Panelist*innen wissen, inwieweit der Ukraine-Krieg auch in BuH eine Zeitenwende eingeläutet und den Bürgern und Politiker*innen aufgezeigt habe, welche Entwicklung auf die Region im Balkan zukommen könne, sollte es dort keinen Kurswechsel geben. Ebenso wollte Hagemann von Botschafterin Schütz wissen, inwiefern der Ukraine-Krieg die Außenpolitik Deutschlands und der EU gegenüber dem Westbalkan und insbesondere BuH geändert habe.

Schütz betonte, dass der Ukraine-Krieg den Willen innerhalb der EU bestärkt habe, die Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans weiterhin glaubwürdig aufrecht zu erhalten und die Erreichung eines Beitritts weiter voranzutreiben. Das Versprechen seitens der EU, Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, müsse daher zeitnah eingelöst werden. Ebenso müsse die EU mit Kosovo und Serbien im Dialog um die Normalisierung der Beziehungen weiterkommen. Für BuH hoffe Schütz, dass das Land beim Erfüllen der Anforderungen für einen möglichen Beitritt vorankomme und die Menschen im Land sich selbst mehr in der Landespolitik engagierten. Schütz betonte, dass der Ukraine-Krieg gezeigt habe, dass russische Propaganda in der Region sehr potent sei und dass das pro-russische Narrativ

insbesondere in Serbien stark wirke. Anti-EU Narrative, welche die russische Propaganda in der Region vorantreibe, seien Teil einer „hybride[n] Kriegsführung“ vonseiten Russlands, der die EU nur durch eine glaubwürdige Außenpolitik in der Region entgegentreten könne. Die Hauptrolle im Schaffen einer Resilienz gegenüber russischer Propaganda müsse aber nach wie vor die Bevölkerung der Region selbst tragen.

Bodo Weber, politischer Analyst und Aktivist des Democratization Policy Council schaltete sich an dieser Stelle in die Podiumsdiskussion ein und kritisierte die Äußerungen von Botschafterin *Schütz* scharf. Ihre Äußerung, dass das Sanktionsregime gegenüber undemokratischen Kräften in BuH verlängert worden sei, sei zwar richtig, jedoch habe sie wichtige Tatsachen zur kürzlichen Änderung des Sanktionsregimes in ihren Äußerungen ausgelassen. Das Sanktionsregime sei wenige Wochen vor dem Stattfinden des Bosnien-Forums nämlich nicht bloß verlängert worden. Vielmehr hätte sich die Bundesrepublik laut *Weber* auf die Erpressung einer kleinen Gruppe von fünf illiberalen EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn eingelassen, wonach der Prozess des Beschlusses von Sanktionen fortan nicht mehr der Zustimmung einer einfachen Mehrheit der Mitgliedstaaten bedürfe, sondern einen einstimmigen Beschluss aller EU-Staaten erfordere. Für *Weber* bedeute diese Änderung einen Todesstoß für das Sanktionsregime, viel mehr als eine gewöhnliche Verlängerung, wie sie seit 2011 stattgefunden habe. Das Sanktionsregime würde künftig nämlich zum Spielball eines Viktor Orbán gemacht, welcher unter anderem die Lieferung von Waffen an die Ukraine behindere. Außerdem werde damit auch Kroatien gestärkt, ein Land, das seit seinem EU-Beitritt kontinuierlich jegliche Formulierung der Begriffsformel „equality of citizens“ in Bezug auf BuH durch die EU konsequent unterbinde und durch die Formulierung „equality of constituent people“ ersetzen lasse. Die Gleichheit der Bürger sei aber ein integraler Bestandteil der Werte und ein Grundprinzip der EU, weshalb *Weber* von der Botschafterin eine Erklärung dazu wollte, warum die eigentlich unbedeutende Formalität einer Verlängerung des Sanktionsregimes in Zukunft der Willkür einer illiberalen Minderheit der EU-Mitglieder ausgesetzt worden sei.

Botschafterin *Schütz* bestätigte diese Entwicklung des Sanktionsregimes, erklärte aber, dass der Bundesregierung und der EU keine Wahl gelassen worden sei. Hätten die EU-Mitgliedstaaten dem Einstimmigkeitsprinzip nicht zugestimmt, wäre das Sanktionsregime erst recht nicht zustande gekommen. Die zugestandene Einstimmigkeit erlaube es wenigstens, sich um den Konsens bemühen zu können und lasse somit ein Fenster zur Fortführung der Sanktionen offen, während die einzige Alternative dazu die gänzliche Aufhebung des Sanktionsregimes gewesen wäre. Somit stand die EU laut *Schütz* vor der Wahl zwischen Regen und Traufe und habe sich in dieser Situation für das kleinere Übel entschieden. Die Einstimmigkeit der 27 Mitgliedstaaten zu erreichen, sei in der Tat nicht einfach, gab *Schütz* zu. Insbesondere Kroatien sei in Bezug auf die EU-Politik gegenüber BuH kein einfacher Partner, da sich das Land als Schutzmacht der bosnischen Kroaten verstehe. Seine Rolle als Anwalt der Kroaten in BuH kollidiere mit der Rolle Kroatiens als EU-Mitgliedstaat, welcher die gemeinsame EU-Außenpolitik mittragen sollte.

Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Bosnien und Herzegowina

Zum Abschluss des Bosnien-Forums richtete Moderatorin *Brand* als letzte Frage an alle Panelist*innen, welche Auswirkungen ihrer Einschätzung nach der Ukraine-Krieg auf BuH hat. *Čudić* sah den tragischen Krieg in der Ukraine als Chance für die progressive Opposition BuHs, sich mehr und öffentlich sichtbarer zu engagieren und somit den Bürger*innen eine Alternative zu einer Politik aufzuzeigen, deren Ergebnis ebenfalls konfliktträchtig ausgehen könnte, was ganz klar den Interessen der Bevölkerung widerspräche.

Turčalo sagte, er sei zu Beginn des Konflikts ebenfalls der Überzeugung gewesen, dass der russische Überfall auf die Ukraine das Potenzial berge, Änderungen in der Politik BuHs und der gesamten Region anzustoßen. Er sei zunächst davon ausgegangen, dass die politischen Akteure BuHs wirklich versuchen würden, aus ihrer Forderungshaltung gegenüber der EU und anderen internationalen Akteuren herauszukommen und sich von Partnern, welche die Werte der EU nicht teilen, zu distanzieren, sowie sich

selbst engagierter für einen positiven Wandel im Land einzusetzen. Jedoch sehe er solche Veränderungen nicht über die lokale Ebene hinausgehen, da er auf dem Niveau der Entitäten des Staates BuH aufgrund der ideologischen Aufladung der Debatte keine Chance auf Wandel sehe. Die Strukturen, die sich im politischen System BuHs etabliert hätten, seien so eingefahren, dass eine Änderung der politischen Verhältnisse des Landes nur durch ein „Generationsprojekt“ zu stemmen sei, wofür zunächst aber eine Rückkehr des Glaubens an den Staat BuH langfristig in den Köpfen vor allem der jüngeren Generation etabliert werden müsse. Solange also der Bildungsbereich spaltende Tendenzen befördere, könne sich nach Einschätzung Turčalos kein Konsens über die Zukunft des Landes herausbilden.

Beharić pflichtete *Turčalo* bei, dass das Bildungssystem BuHs nicht nur inhaltlich auf einem schlechten Niveau sei, sondern aufgrund der Spaltung auch die zukünftigen Wähler radikaler Parteien hervorbringen würde. In der Entität Republika Srpska hätten die liberal denken-

den Bürger laut *Malešević* Scheu, ihre Ablehnung des russischen Überfalls auf die Ukraine zu äußern. Mit der bestehenden russophilen Struktur in der Republika Srpska sehe sie die Chance auf Veränderung pessimistisch. Abschließend erklärte *Malešević*, dass sie die Einschätzung *Turčalos* teile, dass ohne eine grundlegende Reform des Bildungswesens eine Änderung der politischen Situation im Land unwahrscheinlich sei.

Zum Abschluss des Bosnien-Forums 2022 fand eine Vorführung der Filmproduktion des Theaterstücks „Was haben wir gelacht – Kollektives Erlebnis einer Belagerung“ statt. Das Theaterstück ist nach einer Idee der beiden in Berlin lebenden Künstlerinnen *Maja Zečo* und *Ina Arnautalić* entstanden und wurde 2021 uraufgeführt. Über ihre Entscheidung zur humoristischen Verarbeitung ihrer persönlichen Kriegs- und Belagerungserfahrungen im Bosnienkrieg (1992 – 1995) und ihre Erlebnisse sprachen *Zečo* und *Arnautalić* in einer anschließenden Filmgespräch.

Online Discussion

Food Security in the Western Balkans and the Republic of Moldova

Organizer: Southeast Europe Association, online via Zoom, 27 June 2022

Report by Viktoria Palm, Munich

Introduction

There is a global food crisis looming in the wake of Russia's war of aggression against Ukraine. Russia and Ukraine are two of the world's most important producers of grain, with a market share of about one quarter of global exports. Not only are harvests and exports from Ukraine negatively affected by the war; Russia has also restricted its own exports of grain and fertilizers. It is thus expected that Russia's actions will have dire consequences on global food markets. Poor countries who are net importers of food are expected to suffer the most from looming shortages, either directly as they depend on imports from Ukraine or Russia or

indirectly as market prices for food and other products rise. Against this background, the Southeast Europe Association organized an online panel discussion on 27 June 2022 to address the question to what extent the countries of the Western Balkans and the Republic of Moldova might be affected by the looming crisis and what national and intra-regional responses are at hand to avoid food security problems.

Discussion

At the beginning of the discussion, *Stephan von Cramon-Taubadel*, Professor for Agricultural Policy and Director of the Department for Agricultural Economy and Rural Development at the